

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 01. Dezember

KOLUMNE

Oh Herr, schmeiß Hirn runter!

Der Deutsche Bundestag hat gestern wieder einmal mit übergroßer Mehrheit beschlossen, dass er Griechenland für sanierungsfähig hält. Denn nur einem Schuldner, dem man zubilligt, mittelfristig wieder auf die Beine zu kommen, kann man Dutzende Milliarden Euro aus früher beschlossenen Rettungspaketen tatsächlich auszahlen. Das gebietet das Haushaltsrecht, vor allem aber die praktische Vernunft.

Doch vernünftig ist die zur Schau gestellte Gutgläubigkeit der deutschen und europäischen Politik mitnichten.

Schon eher erinnert das Vorgehen an politisch motivierte Konkursverschleppung. Griechenlands Staatsverschuldung liegt heute schon wieder auf dem Niveau vor dem ersten Schuldenschnitt, bei dem die privaten Gläubiger auf rund die Hälfte ihrer Forderungen verzichten mussten. Der Forderungsverzicht der staatlichen Gläubiger, der allein Griechenland substanziell und dauerhaft von Zins- und Tilgungsverpflichtungen befreien könnte, ist politisch tabu. Denn weder Union und Liberale, noch Sozialdemokraten und Grüne wollen in den Monaten vor der Bundestagswahl dem eigenen Volk erklären, dass sich der deutsche Steuerzahler mit hohen zweistelligen Milliardenbeträgen an der Sanierung Griechenlands beteiligen soll. Der griechische Staat ist nach wie vor nicht in der Lage, seine eigene Bevölkerung mit einer funktionierenden Finanzverwaltung zur Staatsfinanzierung heranzuziehen. Und ob die sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen in der administrativen Umsetzung zu einer dauerhaften Wettbewerbsverbesserung des kranken Landes auf der Peloponnes führen werden, steht in den Sternen.

Die andere Alternative, den Ausstieg Griechenlands aus dem Euro-Währungsraum, hat sich die Politik verbaut. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, ist Angela Merkels Mantra, für das Deutschland wie Europa teuer zu bezahlen haben: finanziell und politisch. Die Euro-Rettung hat sich längst zum Spaltpilz Europas ausgewachsen. Nationale und regionale Borniertheiten feiern fröhliche Urständ. Rassistische Untertöne und Feindbilder werden immer salonfähiger. Die Zentrifugalkräfte nehmen genauso zu wie die Allmachts-

ansprüche der Brüsseler Eurokratie, die mehr und mehr Macht von den Nationalstaaten an sich reißt. Aus einem Europa der Vaterländer droht ein zentralstaatlicher Moloch zu werden, der gewaltige Demokratiedefizite aufweist.

Jetzt wird die gigantische Last von allen heruntergeredet. Jetzt geht es angeblich ja nur um 750 Millionen Euro, auf die der Bundeshaushalt im kommenden Jahr für Griechenland verzichten muss. Dabei lässt sich die Griechenland-Illusion der europäischen Retter in eine

knappe Formel kleiden: Mehr Kredit für null Zins! Auf knapp 250 Milliarden Euro belaufen sich inzwischen die Griechenland zugesagten Finanzhilfen. Zehn Jahre lang werden den Griechen dafür die Zinszahlungen gestundet. Der danach – vielleicht – zu zahlende Zins wird auf fast

Null Prozent abgesenkt. Außerdem werden für die Zukunft zugesagte Kreditraten vorzeitig ausgezahlt. So kann man sich die griechische Zukunft schönrechnen, die Schuldentragfähigkeit im Jahr 2020 auf dem Papier zurechtmanipulieren, die der internationale Währungsfonds zur Voraussetzung für sein weiteres Griechenland-Engagement gemacht hat.

„Oh Herr, schmeiß Hirn herunter!“, möchte man ausrufen. Das Zukleistern von strukturellen Problemen ist zur globalen politischen Strategie geworden. Ob in Japan oder Amerika, in Europa oder aktuell wieder in Argentinien: Die Politik ist gefangen in einer kreditfinanzierten Wohlstandsillusion. Fast überall haben sich in vielen Jahrzehnten Ansprüche an den Staat eingebürgert, die mit der wahren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht im Einklang stehen. Banaler formuliert: Viele Staaten leben seit vielen Jahrzehnten über ihre Verhältnisse und haben sich ihren Wohlstand mit immer mehr Krediten finanziert. Dieses System ist kaputt, der Konkurs eigentlich fällig. Heute müssten verantwortungsbewusste Politiker in vielen Staaten der Welt die überzogenen Versprechungen wieder einsammeln, das Volk auf ein „Weniger ist mehr!“ einstimmen. Mal abgesehen davon, ob sich so couragierte politische Persönlichkeiten finden: Gibt das Volk solchen Botschaften an der Wahlurne tatsächlich eine Chance?



Oswald Metzger
Einspruch!